

Der Vision von Gerechtigkeit einen Ort geben

Dr. Manfred Böhm, Vorsitzender des Stiftungsrats des Arbeiterbildungshauses
10jähriges Jubiläum der Arbeiterbildungs- und Begegnungsstätte Obertrubach

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie uns ganz klassisch beginnen:

„Daran erkenn ich den gelehrten Herrn!
Was ihr nicht tastet, steht euch meilenfern,
was ihr nicht fasst, das fehlt euch ganz und gar,
was ihr nicht rechnet, glaubt ihr, sei nicht wahr,
was ihr nicht wägt, hat für euch kein Gewicht,
was ihr nicht münzt, das, meint ihr, gelte nicht.“

Mephistopheles skizziert hier im Faust, der Tragödie 2. Teil erster Akt einen Menschentyp, der damals erst entstanden war und der auch heute noch in großer Blüte steht. Ich meine den Rechner und Macher, der kühl und logisch abwägt, der sich selbst als Pragmatiker und als Realisten charakterisiert und der von Hirngespinsten und Luftschlössern jeglicher Art nichts wissen will. „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“, so bringt der ehrenwerte Altbundeskanzler Helmut Schmidt diese Haltung auf den Punkt.

Und wirklich: Kann man heute noch ernsthaft von Visionen sprechen, ohne sich lächerlich zu machen? Kann man gar von der Vision einer gerechten Gesellschaft und Welt reden, ohne im wohlwollendsten Fall als Sozialromantiker und idealistischer Träumer abgetan zu werden? Wir kennen doch alle die pragmatischen Argumente, die wie Bollwerke unüberwindlich entgegenstehen: Die Sachzwänge und die

Finanzierungsvorbehalte, die Wirtschaftlichkeitsgutachten, die Strukturblockaden und nicht zuletzt die Zuständigkeitsquerelen.

Und doch geht es ohne Visionen nicht. Nicht nur dass unser Alltag ohne sie eintöniger und unser Leben eindimensionaler würden. Das wäre ja möglicherweise -wenn ich es mal sarkastisch formulieren darf- durch ein paar Fernsehkanäle mehr und einiger zusätzlicher verkaufsoffenerer Sonntage in den Griff zu kriegen. Nein. Das eigentliche Problem der Visionslosigkeit ist, dass die gegenwärtigen Zustände zementiert werden, dass die Hoffnung auf Veränderung für die kleinen Leute stirbt und dass der Starke auf Dauer triumphiert. Wer es wissenschaftlich braucht: Jürgen Habermas nennt das die „Normativität des Faktischen“.

Die Bibel und ihr folgend die Kirche haben sich damit nie abgefunden. Will man es hochtheologisch formulieren: Die visionäre Botschaft vom Reich Gottes, einem Reich der Gerechtigkeit und des Friedens, stellt ihrerseits die Welt mit ihren Sachzwängen und Strukturblockaden unter einen Vorbehalt, den Vorbehalt nämlich, dass das alles relativ und zweitrangig ist angesichts dessen, worauf es wirklich ankommt: das Reich Gottes.

Aha, im Jenseits also, -so könnte man jetzt missverstehend denken-, am Jüngsten Tag erst wird alles anders. Bis dahin wollen wir mal nicht so viel Wirbel machen. Oder?

Visionen bleiben blutleer und tatsächlich Luftgespinste, wenn sie nicht heute wirksam sind. Im zweiten Petrusbrief (3,13) heißt es darum sehr treffend: „Wir erwarten einen neuen Himmel und eine neue Erde, in denen die Gerechtigkeit wohnt“.

Also, Gerechtigkeit nicht erst im neuen Himmel, sondern schon hier und jetzt muss sie ihren Anfang nehmen.

Visionen brauchen demnach konkrete Orte und Wohnstätten. Ansonsten sind sie tatsächlich nur belanglose Glasperlenspielereien.

Ein solcher Ort unter vielen wollte von Anfang auch das Arbeitnehmerbildungshaus in Obertrubach sein. Ein Haus, in dem sich Menschen aus verschiedenen Milieus und Gruppen der Arbeitswelt treffen und zwanglos begegnen können, KABler und Gewerkschaftler, Azubis und Erwerbsarbeitslose, Hauptschüler und Betriebsräte. Ein Haus, in dem alle in unterschiedlicher Weise und Intensität lernen, wie die Welt gerechter, solidarischer und menschenwürdiger wird und vor allem, was wir als Individuen gemeinsam dafür tun können.

Und tatsächlich, tagtäglich geschieht das hier im Haus immer wieder. Hundertfach, ja tausendfach in den letzten 10 Jahren. Von manchem Highlight wäre zu erzählen, aber natürlich auch von manchem Misserfolg. Ich will beides nicht zu detailliert darlegen.

Wichtig ist: Das Haus lebt, es ist bevölkert, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fühlen sich hier wohl. Das Haus ist zu einem Stück Heimat geworden, das ihnen die Kirche zur Verfügung stellt.

Dafür ist allen zu danken, die mit ihrem Einsatz, mit ihrer Zeit und nicht zuletzt mit ihrem Geld die Bedingungen für gutes Arbeiten hier geschaffen haben. Namentlich möchte ich die Erzdiözese hervorheben. Sie war nicht nur in der Vergangenheit immer der größte Geldgeber, auch für die Zukunft hat sie mittelfristig Zuschüsse zugesagt, die ein qualitatives Weiterarbeiten möglich machen.

Herzlichen Dank dafür.

Welche Visionen sind es denn, die bei den verschiedenen Gruppen im Arbeitnehmerhaus eine tragende Rolle spielen?

Angesichts des Zeitrahmens möchte ich mich auf drei konzentrieren:

1. Die Vision eines würdigen Lebens für alle

Der Begriff der Gerechtigkeit ist in den letzten Jahren wieder in Mode gekommen. Fast hat man den Eindruck, je weiter sich die soziale Spaltung in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit verfestigt, desto eloquenter wird von allen Seiten die Gerechtigkeit beschworen.

Aber aufgepasst: Gerechtigkeit und Gerechtigkeit sind noch lange nicht dasselbe.

Vor einiger Zeit ist ein Gerechtigkeitsbegriff in die Diskussion gekommen, der zwar schön klingt, bei genauer Betrachtung aber Defizite offenbart:

Die Chancengleichheit!

In einer modernen Gesellschaft sei das – so heißt es – die Höchstform sozialer Gerechtigkeit. Allen stehen unabhängig von ihren jeweiligen Ausgangsvoraussetzungen die gleichen Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe offen. Jeder Versuch, über die Chancengleichheit für alle hinaus zu gehen, würde die Freiheit des Einzelnen einschränken und die wirtschaftliche Effizienz gefährden. Eine ungleiche Verteilung der Güter sei bei gegebener Chancengleichheit nun mal die notwendige Folge individueller Unterschiede.

Grundsätzlich ist zu sagen: Chancengleichheit ist in der Tat eine unerlässliche Dimension sozialer Gerechtigkeit, aber sie erschöpft

sich nicht darin. Sonst geht's uns wie beim Spiel Monopoly, wo doch bei gleichen Voraussetzungen schon nach wenigen Runden die Spaltung zwischen den stolzen Schlossalleebesitzern und den Besitzern der popeligen Badstraße unübersehbar ist.

Chancengleichheit braucht die Unterfütterung durch eine ausgleichende Verteilungsgerechtigkeit – gerade wegen der unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen. Gleiches muss gleich, Ungleiches ungleich behandelt werden, so ein Grundsatz der Kath. Soziallehre. Wird Ungleiches gleich behandelt, wird dieser Grundsatz verletzt und wir zementieren soziale Schieflagen. Darum braucht es zur Stabilisierung und Befriedung der Gesellschaft einen starken Sozialstaat, der allen Menschen, und eben in besonderer Weise den Menschen der Unterschicht, ein Leben in Würde garantiert. Nicht zu verhungern und ein Dach über den Kopf zu haben ist zuwenig. Es darf nicht nur um die Sicherung des Existenzminimums gehen. Der Sozialstaat muss darüber hinaus ein kulturelles Minimum sichern, d. h. die materielle Grundlage für eine Teilhabe an den Gütern der Gesellschaft bereithalten.

Wer den Sozialstaat bis zur Magersucht verschlanken will bei gleichzeitig wachsendem Privatvermögen auf Seiten der Wohlhabenden, gefährdet auf Dauer den gesellschaftlichen Frieden. Oder um es mit den Worten von Heribert Prantl, Ressortchef für die Innenpolitik bei der Süddeutschen Zeitung zu sagen: „Sozialstaat und Demokratie gehören zusammen, sie bilden eine Einheit. Wer den Sozialstaat beerdigen will, der muss also ein Doppelgrab bestellen.“

Im Arbeitnehmerbildungshaus ist das Thema eines würdigen Lebens für alle und einer gerechten Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen in den verschiedenen Gruppen mit unterschiedlichen Akzentuierungen quasi ständig präsent. Ob beispielsweise Betriebsratsgremien über neue Formen der Mitbestimmung diskutieren, ob Erwerbsarbeitslose sich Gedanken machen über Möglichkeiten größerer öffentlicher Einflussnahme oder ob kirchliche Verbände und Institutionen sozialetisch über Armut reflektieren. Immer schwingt die Vision einer menschlichen und heimatlicheren Gesellschaft mit.

2. Die Vision einer solidarischen Gesellschaft

Solidarität, so schreibt Papst Johannes Paul II. in seiner Enzyklika „Sollicitudo Rei Socialis“ von 1987 „ist nicht ein Gefühl vagen Mitleids oder oberflächlicher Rührung wegen der Leiden so vieler Menschen nah oder fern. Im Gegenteil, sie ist die feste und beständige Entschlossenheit, sich für das Gemeinwohl einzusetzen, das heißt für das Wohl aller und eines jeden, weil wir für alle verantwortlich sind“.

Es gibt geschichtliche Situationen, in denen Solidarität quasi automatisch entsteht. Nach Katastrophen etwa kann uns die Betroffenheit über die Opfer in eine – meist wieder sich verflüchtigende – Geberlaune versetzen. Ich will diese Motivation nicht kleinreden, sie ist sogar unerlässlich. Aber um eine Gesellschaft zu organisieren und um sie stabil und zukunftssicher zu gestalten, ist das doch zu wenig. Es ist fatal, wenn große Benefizveranstaltungen in den Medien jene Löcher stopfen sollen, die durch die strukturelle Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft

erst entstanden sind.

Solidarität braucht eine verlässliche Struktur, in der die Interessen aller Berücksichtigung finden und die vor allem eines verhindern muss: Nämlich dass ganze Bevölkerungsgruppen abgehängt werden und in die soziale Deklassierung driften.

Und an diesem Punkt ist in den letzten Jahren viel gesündigt worden.

Um es nicht ausufern zu lassen, möchte ich mich auf einen Aspekt konzentrieren: Die sog. Hartz IV-Gesetzgebung.

Auch im 5. Jahr ihrer Gültigkeit ist die sog. Hartz IV-Gesetzgebung nicht in ruhiges Fahrwasser gekommen. Nach wie vor erhitzen sich gerade an ihr die Gemüter – und zwar durchaus in fast allen politischen Lagern. Und das mit Recht!

Die strukturelle verfestigte Arbeitslosigkeit, das erkennen inzwischen immer mehr Menschen, lässt sich nicht dadurch bekämpfen, dass der gesellschaftliche Druck auf die Leidtragenden erhöht wird. Die werden dadurch in eine doppelte Opferrolle gedrängt. Sie haben die Arbeitslosigkeit zu ertragen und man gibt ihnen sozusagen obendrein noch die Schuld daran.

Da hat sich in unserem tragenden gesellschaftlichen Menschenbild etwas Grundlegendes verändert. Mit Hartz IV hat sich quasi die Beweislage umgedreht.

Wer bis dato bedürftig war, hatte Anspruch auf ausgleichende Leistungen. Jetzt ist es so, dass der Bedürftige erst einmal nachweisen muss, dass er der Unterstützung würdig ist. Der bedürftige Mensch gerät unter den Generalverdacht, er nutze den Sozialstaat aus. Und diesen Verdacht muss er erst einmal aus dem

Weg räumen. Und nur wenn er sich dieser nicht selten entwürdigenden Prozedur unterwirft, wird ihm Hilfe zuteil.

Was der ehemalige Limburger Bischof Franz Kamphaus schon 2005 erkannte, stimmt auch heute noch: Hartz IV entspricht in wichtigsten Punkten nicht der sozialen Gerechtigkeit. Es lässt noch mehr Arbeitslose ihr Schicksal als Erniedrigung erfahren und lässt sie unter das Niveau eines menschenwürdigen Lebens fallen.

Hartz IV als ein staatlich inszeniertes Verarmungsprogramm für die Unterschicht widerspricht vielleicht am eklatantesten jener Vision einer solidarischen Gesellschaft, wie sie im Sozialwort der beiden Kirchen Deutschlands 1997 „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ formuliert worden ist: „In der Perspektive einer christlichen Ethik muss darum alles Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage gemessen werden, inwiefern es die Armen betrifft und ihnen nützt...Die biblische Option für die Armen hält an, die Perspektiven der Menschen einzunehmen, die im Schatten des Wohlstands leben und weder sich selbst als gesellschaftliche Gruppe bemerkbar machen können noch eine Lobby haben. Sie lenkt den Blick auf die Empfindungen der Menschen, auf Kränkungen und Demütigungen von Benachteiligten, auf das Unzumutbare, das Menschenunwürdige, auf strukturelle Ungerechtigkeiten.“ (107)

Dass kirchliche Verbände und Institutionen des Erzbistums und das Erzbistum selbst das Arbeitnehmerbildungshaus hier in Obertrubach konzipiert und aufgebaut haben und trotz mancher Finanzierungsprobleme daran festhalten, mag als Zeugnis für die

wirklichkeitsgestaltende Kraft von Visionen sein. Das Arbeitnehmerbildungshaus wollte von Anfang an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Heimat sein, d.h. einen Raum bieten für Gespräch und Austausch über ihre eigenen Belange und einen Ort authentischer Begegnung ohne Fremdheitserfahrungen.

3. Die Vision einer ressourcenorientierten Bildung für alle

Deutschland ist ein Land ohne nennenswerte Bodenschätze. Der für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft größte Schatz allerdings ist in ausreichendem Maß vorhanden: Nämlich die intellektuellen und kreativen Potentiale der nachwachsenden Generation. Wir sind auf dem Weg hin zu einer Wissensgesellschaft, in der Bildung für die Teilhabe der Menschen eine immer zentralere Funktion einnimmt. Wir müssen die Schätze nur auch heben.

Die letzte Pisa-Studie aber hat es ans Licht gebracht: Für den Bildungsweg der Kinder spielt in unserem Land nicht so sehr deren Begabung oder Leistungsfähigkeit die entscheidende Rolle als vielmehr die soziale Herkunft. Kinder aus der Unterschicht bzw. mit Migrationshintergrund haben es schwer in unserem Bildungssystem. Dementsprechend sind sie an den Hauptschulen in überproportionaler Zahl zu finden. Von 100 Kindern von Eltern mit hohem Einkommen treten 86 zum Gymnasium über und 85 wechseln anschließend an die Universität. Von 100 Kindern von Eltern mit niedrigem Einkommen wechseln 36 an das Gymnasium und 11 an die Universität. Woran liegt das, wenn man nicht annehmen will, dass sozial schwächere Kinder von Natur aus dümmer sind?

Mir scheint, vor lauter Premium- und Exzellenzbildung, vor lauter Elitenförderung wird die Breitenbildung entgegen allen wortreichen Beteuerungen sträflich vernachlässigt. Wer nur in der Champions League spielen will, übersieht die Kreisklasse. Wer nur auf künftige Nobelpreisträger fixiert ist, hat eben nur wenig übrig für die Hauptschule.

„Die Hauptschule“, so resümiert der schon zitierte Heribert Prantl in seinem Buch „Kein schöner Land“, ist der Ort geworden, der die Exklusion (also den Ausschluss) verwaltet, ohne dass darüber größere Empörung herrscht. Die Gesellschaft hat sich an diese Exklusion gewöhnt. Dabei sollte seiner Meinung nach die Schule eine „Befreiungseinrichtung aus den Milieus der neuen Unterschicht“ sein, der „Ort der Schicksalskorrektur“.

Auch das eine Vision, aber doch beileibe keine, deretwegen man zum Arzt gehen müsste.

Von Anfang an hat sich das Arbeitnehmerbildungshaus als ein Ort verstanden, der sich besonders der Bildung und Ausbildung junger Menschen verschreibt. So finden unter der Federführung der CAJ und des Erzbischöflichen Jugendamts kontinuierlich Orientierungstage für Hauptschüler und so genannte Belregio Seminare, das sind berufsvorbereitende Motivationsseminare für Hauptschüler, hier im Hause statt.

Aber auch die betriebliche Ausbildungspraxis kommt nicht zu kurz. Sowohl im Hauswirtschaftsbereich, wie auch in der Verwaltung bilden wir aus – und zwar vor allem Hauptschüler. Zuzeiten hatten wir eine Ausbildungsquote von über 20 % der Gesamtbelegschaft. Darauf sind wir stolz und es ist uns auch eine Verpflichtung,

gerade auch auf diesen Punkt weiterhin großes Augenmerk darauf zu legen.

Sehr geehrte Festgäste,

die Vision einer solidarischen und gerechten Gesellschaft die die Teilhabe aller sicherstellt haben wir nicht erfunden.

Sie ist so alt vermutlich wie die Menschheit. „Gerechtigkeit bringt Frieden hervor“, so können wir es beim Propheten Jesaja lesen. Das gilt für die globalisierte Welt ebenso wie für unsere Gesellschaft. Teilhabe durch Teilen – das ist unsere Zukunftsvision.

Wer sich dem verweigert, der wird über kurz oder lang -das zeigt uns ein Blick über den Ozean- neue Gefängnisse bauen müssen, denn der Anstieg der Kriminalität ist die absehbare Konsequenz sozialer Deklassierung.

Wer nicht teilen will, der wird künftig seine Besitztümer rund um die Uhr bewachen lassen müssen, denn die wachsende Kluft zwischen arm und reich lässt die Begehrlichkeiten der Armgehaltenten ansteigen.

Wer nicht teilen will, der muss an seine Grenzen immer ausgefeiltere Bollwerke errichten und ausgrenzen, denn der Druck auf die Mauern der vorhandenen Paradiese wird zunehmen.

Deshalb wollen und können wir auf visionäres Denken und utopisches Überlegen nicht verzichten. Die Vision von Gerechtigkeit ist das Gegengift gegen den phantasielosen Pragmatismus des Sachzwangs.

Am Ende soll noch einmal ein Klassiker zu Wort kommen, ein moderner Klassiker diesmal. Robert Musil schreibt in seinem Jahrhundertwerk „Der Mann ohne Eigenschaften“ Folgendes:

„Utopien bedeuten ungefähr so viel wie Möglichkeiten; darin, dass eine Möglichkeit nicht Wirklichkeit ist, drückt sich nichts anderes aus, als dass die Umstände, mit denen sie gegenwärtig verflochten ist, sie daran hindern... Und die Gegenwart ist nichts als eine Hypothese, über die man noch nicht hinausgekommen ist.“